

Nachrichten

des Gebietskomitees der Komm. Partei (B) der Sowjetunion und des Zentralvollzugskomitees der Autonomen Sozialistischen Republik der Volgadutschen

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Botrowski, Eitenstraße Nr. 2, Bismarckstr. Nr. 186, des verantwortlichen Redakteurs Nr. 97, der Expedition Nr. 54, Druck: Druckerei des Zentralen Volkskommunikationsrates der RSFSR der Volgadutschen, Botrowski.
 Bezugspreis mit Zustellung: Für 1 Monat 55 Kop., für 3 Monate 1 Rbl. 50 Kop., für 6 Monate 3 Rbl., für 12 Monate 6 Rbl., für das Ausland 70 Cents monatlich. — Aenderung der Adresse 15 Kop.
 Inseratenpreise: Auf der 1. Seite für die gespaltene Zeile 90 Kop., auf der 2. Seite 57 Kop., auf der 4. Seite 45 Kop. Anzeigen über Verlust von Dokumenten und Sachen (nicht über 5 Zeilen) 1 Rbl. 10 Kop.
 Erscheint täglich. Einzelnummer 5 Kop.

12. Jahrgang.

Botrowski, Freitag, den 10. Mai 1929.

Nr. 102.

In Oesterreich Arbeiter in Ketten gelegt

Eine neue Woge des antifaschistischen Kampfes

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien (Oesterreich), Selz, hat alle von den Kampforganisationen in Wien geplanten Demonstrationen verboten. Das Verbot erfolgte nach dem Ueberfall von Mitgliedern der Heimwehr (Faschisten) auf das „Arbeiterhaus“ am 5. Mai nach dem Aufmarsch der Heimwehr in der Industriestadt Sankt Pölten. Der Faschistenaufmarsch rief eine fašistischnähe Protestkundgebung der Arbeiterschaft hervor. In einigen Stellen hieben

Gendarmen mit Gewehrkolben auf die demonstrierenden Arbeiter ein. 24 Arbeiter wurden verhaftet und, mit Handschellen aneinandergefesselt, durch die Straßen geführt. Die antifaschistisch gestimmten Arbeiter in Stöckerau wurden entlassen, da sie sich entschieden weigerten, zusammen mit Faschisten zu arbeiten. Die Arbeiter der Spinnerereien in Pottendorf und Güntelsdorf und der Patronenfabrik in Hirtenberg haben Proteststreik erklärt und verlangen Ent-

lassung der Faschisten. In Hirtenberg wurde die Arbeit auf Betreiben des reformistischen Gewerkschaftssekretärs wieder aufgenommen.

Diese neue Woge des antifaschistischen Kampfes in den Industriezentren Niederösterreichs ist hauptsächlich auf den verstärkten Einfluß der Kommunisten zurückzuführen. Die österreichische „Rote Fahne“ (Organ der Kompartei) stellt fest, daß Selz mit seinem Demonstrierungsverbot in die Fußstapfen Borgebels tritt.

Der Sozialfaschismus rüstet offen zum Bürgerkrieg

Aufruf des ZK der KPD Deutschlands

Das ZK der KPD stellt in seinem Aufruf an die Arbeiterschaft Deutschlands fest, daß das von den Sozialdemokraten Borgebel, Gröbelski und Govering erlassene Verbot des Roten Frontkämpferbundes und der „Roten Fahne“ offene Rüstung des Sozialfaschismus zum Bürgerkrieg bedeutet. In dem Aufruf werden die Arbeiter im ganzen Lande aufgefordert, durch Massendemonstrationen und Demonstrationen zu zeigen, daß sich das deutsche Proletariat nicht ohne Kampf an das Erbkapital verschächern läßt. Mit Berachtung und brennendem Haß muß sich jeder deutsche Arbeiter von der sozialfaschistischen Mörderpartei abwenden. Jeder Arbeiter, der jetzt noch zur Partei der Heuler der Arbeiterklasse gehört und die Verhöhnung der deutschen Arbeiterklasse fördert, verübt schändlichen Verrat am Proletariat. Heraus aus der Partei des Sozialfaschismus und in Massen hinein in die kommunistische Partei!

Der Aufruf enthält außerdem die Forderung des Kampfes um die politische Amnestie und weist auf die kapitalistische Kriegsrüstung gegen die Sowjetunion hin.

Verbot des KPD in Mecklenburg

Die Landesregierung von Mecklenburg hat den Roten Frontkämpferbund

verboten und alle seine Vermögenswerte beschlagnahmen lassen.

Ein großes Protestmeeting gegen den Polizeiterror in Berlin hat in Amsterdam (Holland) stattgefunden. In vielen Städten der Tschechoslowakei haben ebenfalls Protestkundgebungen stattgefunden.

Öffentliche Untersuchung der Mai-Ereignisse

In Berlin ist ein Komitee zur öffentlichen Untersuchung der Mai-Ereignisse gebildet worden. An dem Komitee sind außer den Kommunisten auch Vertreter linksbürgerlicher Organisationen beteiligt.

Die Rache
 Die Berliner Unternehmer haben bereits 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, die am Proteststreik gegen den Polizeiterror während der Maitage teilgenommen haben. Die reformistischen Gewerkschaften kümmern sich nicht um die Entlassenen.

Zimmer wieder: Weg mit Borgebel!

Die erdrückende Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft verlangt in ihren Resolutionen zu den Mai-Ereignissen sofortige Absetzung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Borgebel und Liquidation der Polizeidiktatur in Berlin.

Maidemonstranten in den Klauen der Klassenjustiz

Die im Zentrum der Stahlgießindustrie Pennsylvanias (Nordamerika), Bethlehem, während der Maidemonstration verhafteten 14 Arbeiter werden wegen „Aufruhr“ vor Gericht gestellt. Unter den Verhafteten ist ein vierzehnjähriger Knabe, der unter der Schutzhülle Jugendverbands verberiet haben soll.

In Sofia (Bulgarien) sind 24 Mitglieder des Mai-Komitees wegen Organisation verbotener Kundgebungen verhaftet worden. Unter den Verhafteten

sind Mitglieder des ZK der Arbeiterpartei und des Arbeiterjugendverbandes und der Generalsekretär der Arbeiterpartei, Napetow. Die Verhafteten stehen unter der Anlage, daß sie Aufrufe gegen den Staat verbreitet und zur Auflehnung gegen die Behörden aufgefordert hätten.

Aus Bukarest (Rumänien) wird gemeldet, daß 63 Kommunisten, die am 1. Mai ins Gefängnis geworfen wurden, nun schon fünf Tage hungerstreiken.

Das Rote Gespenst schreitet durch Paris...

Nach endgültiger Berechnung haben die Kommunisten bei der Umwahl der Stadtverwaltung in Paris 21 Prozent aller Stimmen erhalten. Die Sozialisten bekamen 19 Proz. Die kommunistische Zeitung „Humanité“ teilt mit, daß das französische Innenministerium alle Maßnahmen trifft, um zum zweiten Wahlgang in den Pariser Vororten eine Einheitsfront aller Parteien und der Sozialisten gegen die Kommunisten zu schaffen.

Kommunistischer Wahlerfolg im Nördlichen Departement

Im Departement des Nordens hat sich die Position der kommunistischen Partei bedeutend gefestigt. Die Wahllisten des Arbeiter- und Bauernbunds gingen entweder ganz oder zum Teil in mehreren Städten durch, wie z. B. in Lille, wo die Kommunisten 4000 Stimmen

gegen etwas über 2000 Stimmen im Jahre 1925 erhielten. Es ist schwer, nach dem Resultat des ersten Wahlganges über die Municipalwahlen zu urteilen, aber man darf hoffen, daß die Kommunisten ihre Position behaupten werden.

Englisch-finnisch-russisches Einheitskomitee der Holzarbeiter

Am 3. Mai fand in Moskau eine Gründungskonferenz des Einheitskomitees der Holzarbeiter der Sowjetunion und der Möbelarbeiter Englands statt. Die Konferenz beschloß, statt der bestehenden Einheitskomitees der Holzarbeiter der Sowjetunion, der Möbelarbeiter Englands und des russisch-finnischen Holzarbeiterkomitees ein englisch-russisch-finnisches Einheitskomitee zu gründen.

Ber Stärkung der Kämpfe in Afghanistan

Mit dem Eintritt des Frühlings hat sich der innere Kampf in Afghanistan wieder bedeutend verstärkt. Habibullah (Batesche Salao, der im Winter Kabul und mehrere Stellen in den nordwestlichen Rayons Afghanistans besetzt hat) wird in letzter Zeit verstärkt von den Volksstämmen angegriffen, die zu Amanullah und Nadir Khan halten. Ende April zog Amanullah bei Kandahar eine Armee von ungefähr 10 000 Mann zusammen und unternahm einen Feldzug gegen Hasni und Kabul. Amanullah wurde aber durch den für ihn ungünstigen Verlauf der Dinge gezwungen, mit seiner Armee in die nördlichen Provinzen zu ziehen und seine Basis dort hin zu verlegen. Von dort aus unternahm er jüngst den Feldzug gegen Kabul, hat Scheichabad (60 Kilometer südlich von Kabul) besetzt und die im Rayon von Hasni operierenden Truppen Habibullahs aufs Haupt geschlagen. In Kabul ist die Lage sehr gespannt. Die Einwohner sind gegen Habibullah gestimmt.

Wie im letzten Augenblick gemeldet wird, zieht Amanullah Truppen zusammen, um die Truppen Habibullahs aus Herat zu vertreiben.

Aus aller Welt

— Ungarn und Italien haben ein Ueber-einkommen über politische und wirtschaftliche Fragen getroffen.

— In der persischen Provinz Gorkan ereignete sich dieser Tage ein starkes Erdbeben, das großen Schaden anrichtete und viele Menschenopfer verlangte.

— Im Irak (selbständiger Staat in Arabien, vertraglich an England gebunden) ist eine neue Regierung gebildet worden. Die frühere Regierung trat infolge der unversöhnlichen Position Englands bei den Verhandlungen mit dem Irak zurück. Die Regierung des Iraks verlangte nämlich Begleitung der englischen Truppen, was England nicht tut. Außerdem bestanden Streitigkeiten wegen des Hafens Basra. Aus Basra wird gemeldet, daß ein englisches Kriegsschiff nach Abadan (Insel im nordwestlichen Teil des persischen Golfs) gekommen sei, da die Bevölkerung dort gegen die Engländer aufständisch geworden sei. Die Engländer behaupten natürlich, daß der Aufstand von „ausländischen Kommunisten“ angezettelt sei.

— Außerhalb bezeichnend für die Lage der Arbeiterklasse Italiens ist der Kampf, der sich gegenwärtig zwischen den Unternehmern und den Arbeitern wegen der Erneuerung von Bevollmächtigten zur Unterstützung der Arbeiter bei Konflikten mit den Unternehmern abspielt. Die Unternehmer sind entschieden gegen die Bevollmächtigten der Arbeiter, da sie befürchten, die vom Faschismus aufgehobenen Tarifkomitees könnten wieder entstehen.

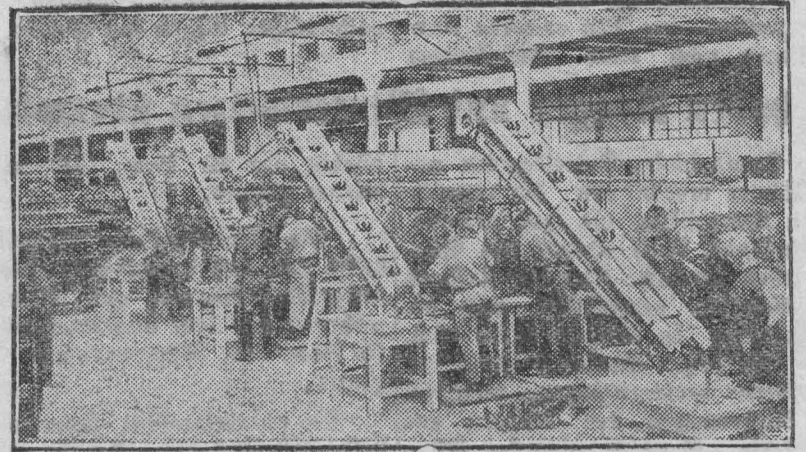
— Der mexikanische Präsident Borjes Gil hat erklärt, daß er bereit sei, mit der katholischen Kirche Gemeinschaft zu haben. Mit revolutionären Fragen um sich werfend, fordert er die Arbeiter und Bauern auf, eine revolutionäre Einheitsfront gegen den Kapitalismus zu bilden, und läßt inzwischend die Bauern entlassen. Die Kommunisten beschuldigen die Regierung der Heuchelei und fordern die Bauern auf, die Waffen nicht abzulefern.

— Die bekannte englische Sportlerin Fanner hat den Nermelkanal auf einem Wasserfahrad überquert.

Faijullahs Bande aufgerieben

Am 5. Mai holten Truppenteile der Roten Armee südlich von Kalat Hosht (Sachistan) die aus über 400 Basmaischen bestehende Bande Faijullahs ein und brachte ihr schwere Verluste bei. Verfolgt von den Rotarmisten, zogen sich die Reste der Bande in nordöstlicher Richtung zurück.

Zu der Schuhfabrik „Storochod“



In der Schuhfabrik „Storochod“ in Penzgrad wurde eine neue Abteilung für Kinderschuhe eröffnet, die alljährlich 300 000 Paar Kinderschuhe erzeugen wird. Auf dem Bilde: Das mechanische Rollband in der neuen Abteilung.

Am Vorabend eines Krieges in Südchina

Die Ereignisse in Südchina nehmen einen bedrohlichen Charakter an. Es ist jeden Augenblick Krieg zu erwarten. In den politischen Kreisen wird versichert, daß ein Krieg zwischen Kwangtung und Kwangsi unausbleiblich sei. Die Provinzialregierung von Kwangtung rüstet fieberhaft zum Krieg. Dagegen arbeitet auch das Arsenal in Kanton ununterbrochen. Flugzeuge, Kriegsschiffe, Hunderte von Kulis (Lastträger) und Truppen werden in Sjugin in unmittelbarer Nähe der Kwangtse Grenz zusammengezogen. In Sjugin wird eine Basis für die Streitkräfte von Kwangtung geschaffen. Die dreitägige Frist, die der Provinzialregierung von Kwangtung von der Nationalregierung bewilligt war,

um sich zu unterwerfen, ist verfloßen. Die Nationalregierung hat nun den Vorzuziehenden der Regierung von Kwangtung für abgelehnt erklärt. Es wird berichtet, daß Hunaner Truppen bereits auf Befehl der Nationalregierung in Kwangtung eingedrungen seien.

Der Krieg hat begonnen

Im letzten Augenblick wird gemeldet, daß der Krieg zwischen Kwangtung und Kwangsi begonnen hat. Die Truppen von Kwangsi sind in Kwangtung eingedrungen, haben mehrere Städte eingenommen und beabsichtigen einen breiten Feldzug gegen Kanton. Viele Einwohner von Kanton haben die Stadt verlassen und ziehen nach Hongkong.

Beschluß des ZK der Partei über die Kultur- und Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften

Das Zentralkomitee der KP(B)SU hat einen Beschluß gefaßt, durch welchen die Kultur- und Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften bei den gegenwärtigen Verhältnissen als das wichtigste Mittel der sozialistischen Erziehung der Massen, ihrer Heranziehung zur Verwaltung des Staats und zum aktiven Kampfe mit dem Bürokratismus bezeichnet wird. Die Kultur- und Aufklärungsarbeit muß die breitesten Massen der Arbeiterschaft erfassen, die Elemente des unpolitischen und des beschränkten Kulturträgerums beseitigen, wozu neue Methoden angewandt werden müssen. Im Beschluß des ZK ist eine Reihe konkreter Aufgaben enthalten, so die Entwicklung des Klassenbewußtseins der breiten Massen des Proletariats des sozialistisch bewußten Verhaltens der Arbeiter zur Produktion, Unterstützung der Organe der Volksaufklärung, insbesondere bei der Liquidation des Analphabetentums, Hilfe für die beschränkten Arbeiter und für die an der praktischen Arbeit beteiligten Arbeiteraktivisten. Der Beschluß hebt die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes mit den kleinbürgerlichen Ansichten und Stimmungen einzelner rückständiger, besonders der neuen Schichten der Arbeiterklasse und die Bedeutung kultureller Zerkleinerungen in der Ruhezeit sowie die Entwicklung neuer Elemente der Lebenshaltung hervor.

Diese ganze Arbeit muß unter den Arbeitern der nationalen Republiken in der Muttersprache geführt werden. Der Beschluß hebt die Notwendigkeit der Stärkung der Kulturverbände im Budget der Gewerkschaften, der Verbesserung des Bestandes der Kulturarbeiter, der Unterstützung der Kulturarbeit von Seiten der Wirtschaftsorgane der Volksbildungsministerien der Bundesrepubliken hervor.

Wie steht es um die Beförderung von Arbeitern in den Staatsapparat?

Die Informationsabteilung des ZK der Partei hat nachgeprüft, wie die Direktiven der Partei über die Beförderung von Arbeitern in den Staatsapparat im Verlaufe der letzten fünf Jahre erfüllt wurden. In 30 Gouvernements und Bezirken wurden im Jahre 1923 568 Arbeiter befördert, im Jahre 1924 — 3096, im Jahre 1925 — 7459, vom Jahre 1926 liegen keine genauen Angaben vor, im Jahre 1927/28 aber wurden in 28 Parteiorganisationen 14 500 Personen in den Staatsapparat befördert. Der Großteil der Beförderten sind Arbeiter von der Werkbank. Die Beförderung geht vorläufig meißt noch innerhalb der Betriebe vor sich. Besonders schlecht steht es noch mit der Beförderung parteiloser Arbeiter. Die Parteiorganisationen sind zu dem Schluß gekommen, daß ganz bestimmte Aufgaben (eine Art Kontrollziffer) für die Beförderung gestellt werden müssen. Bielerorts wird der Beförderung die Auswechslung untauglicher und bürokratischer Elemente durch Arbeiter von der Werkbank zugrunde gelegt. In einem Trust sollten z. B. 12 Aemter durch Arbeiter besetzt werden, als man aber die Mitarbeiter prüfte, die diese Aemter innehaben, erwies es

sich, daß nur einer als fremdes Element entfernt werden kann, während die anderen ihren Pflichten pünktlich nachkommen. Die Reserven für die Beförderung müssen entsprechend den Kontrollziffern gebildet werden.

Nafta am Ural

Das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats der Sowjetunion hat für notwendig befunden, sofort eine eingehende Untersuchung der am Ural im Rayon des Flusses Schusowaja entdeckten Naftavorkommen einzuleiten. Glangort hat Befahrung erhalten, sofort mit Bohrarbeiten zu beginnen. Der Oberste Volkswirtschaftsrats hält auch die Forderung nach Nafta am westlichen Ural für von größter Wichtigkeit für die Förderung des mittleren Uralgebietes für lohnend. Wenn die weitere Untersuchung erweist, daß das Naftavorkommen groß ist, so dürfte die Heizstofffrage am Ural eine ganz neue Lösung finden. Das Naftavorkommen am Ural ist von allergrößter staatlicher Bedeutung. Noch in diesem Jahre sollen spezielle Bohrungen nach Nafta und Gasen angestellt, im nächsten Jahr aber die Bohrarbeit breit entfaltet werden.

Von der Frühjahrsaatfront Die Getreidebeschaffung

Die Saat hat begonnen.

Nach den im Volkskommisariat für Landwirtschaft eingelaufenen Mitteilungen sind bis jetzt insgesamt 388.000 Zentner Samengut gereinigt. Da jedoch noch viele Angaben fehlen, so kann man mit Bestimmtheit annehmen, daß viel mehr Samengut gereinigt und einige Kantone bereits ihren Plan ausgeführt haben.

Mit Bezugsmaterial sind die Kantone genügend versorgt. In 6 Kantonen hat am 2. Mai die Saat begonnen, aus den anderen Kantonen liegen noch keine Mitteilungen vor.

Wie haben Roggen und Winterweizen überwintert?

Der Stand dieser Getreidearten Anfangs Winter wurde von der republikanischen Kommission als zufriedenstellend anerkannt. Nach Ablauf des Winters wurden Versuche über den Zustand dieser Getreide veranstaltet, und die Versuchstation in Woluck stellte fest, daß auf den hohen Stellen 8 Proz. der Roggenkörner verlorengingen, während in den Niederungen der Roggen gut überwinterte. Dagegen ging der Winterweizen auf den hohen Stellen günstig zugrunde, in den Niederungen

vor. Im Seelmänner Kanton wurde die Saat durch den anhaltenden Regen gehemmt. In den anderen Kantonen, wo der Regen nach der Saat nachgelassen hat sich auf den Feldern eine Kruste gebildet, so daß die Felder noch mal geeget werden müssen, damit die aufwachsende junge Frucht nicht zugrunde geht. Auf diesen Umstand muß an Ort und Stelle die Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit gelenkt werden, denn viele Bauern enthalten sich vom nochmaligen Eggen der Felder.

blieben nur 65 Proz. der ausgesäten Körner gesund.

Die Krasny-Ruter Versuchstation stellte fest, daß der auf gebrachten Lande ausgesäte Roggen gut überwinterte, während auf dem ungebrauchten Lande 15 Proz. der Roggenausaat verloren gingen.

Die republikanische Expertkommission stellte fest, daß der Roggen gut überwinterte, der Winterweizen aber in seinem größten Teil zugrunde ging.

Wir säen Sortenweizen.

Erlebenbach, Kanton Ramenkla. Bei uns wird in diesem Jahre ein kompaktes Saatmassiv durchgeführt. Der reifortige Samen wurde aus den Dörfchen Stefan, Gobel und Rosenberg auf gemeinschaftlichem Wege zugeführt. Als der Samen endlich ankam, stellte es sich heraus, daß er nicht die genügende Reinheit aufwies und nochmals durch den Trieur gereinigt werden mußte. Die Kulaken wollten diesen Umstand benutzen, um gegen das Massiv und den reifortigen Weizen zu agitieren, und einige weiterten sich sogar, den Aufschlag zu bezahlen.

Die werktätige Bauernschaft aber hat die Wichtigkeit des Massivs eingesehen und ist bestrebt, die Aussaat zu erweitern und den Ernteertrag zu heben.

Die Agitation der Kulaken richtete sich auch gegen die Kollektivierung. Trotzdem der noch immer zum Dorfaktio zählende Bürger Heinrich des Chr. Schäfer als Gründer der Saatgenossenschaft zurücktrat und dadurch eine Verzögerung verursachte, ließen sich die Armen nicht abschrecken und traten derselben bei, so daß sie gegenwärtig bereits 59 Mitglieder zählt, 3409 Abl. Kontraktionsgelder, 6 Pflüge und 6 Mähmaschinen erhielt. Wir wünschen ihr einen schönen Erfolg in ihrer zukünftigen Arbeit.

In der Seelmänner Remontewerkstätte

wurden in den letzten 2-3 Monaten 30 Traktoren repariert und etwa 10 Traktoren standen Ende April noch in Remonte, trotzdem die Arbeiter schon seit einiger Zeit Ueberstunden arbeiteten. Die meisten Traktoren benötigten eine Generalreparatur, die deshalb sehr schwierig war, weil es oft an den notwendigen Ersatzteilen, hauptsächlich Kolben (Borschen) fehlte.

Die Kontrollziffer wird erfüllt.

Eckheim, Kanton Krasny-Rut. Man hofft, daß die Kontrollziffern der Aussaat erfüllt und diejenigen für Weizen sogar überschritten werden. Im allgemeinen wird sich die Aussaat gegenüber 1928 um 12 Proz. vergrößern. Die Beträge mit dem Koopchleb auf Kontraktierung der Weizenaussaat sind bereits abgeschlossen. Der Vereinigung der Armen wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurden ein Arel aus 13 Wirtschaften und eine Genossenschaft für gemeinsame Bodenbearbeitung aus 10 Wirtschaften, sowie drei Saatgenossenschaften mit 29 und 31 Wirtschaften gebildet, so daß 36 Proz. der Wirtschaften des Dorfes vereinigt sind. Das Arel hat 15 Stück Arbeitsvieh und einen Traktor erhalten und gebietet 180 Def. Aussaat zu machen. Die Genossenschaft für gemeinsame Bodenbearbeitung bekam 8 Pferde und gebietet 80 Def. auszusaen.

Chronik

Die Arbeit des Wolgadentschen Bauerngenossenschaftsverbandes verläuft planlos. In den Wohnungs- und Bauerngenossenschaften stehen meist nur Angestellte als Mitglieder. Die Beträge sind zu hoch und den weniger Begabten unzugänglich. Die Genossenschaften interessieren sich nicht für die Arbeit dieser Genossenschaft und leisten ihr nicht die nötige Unterstützung. Der Verband hat insgesamt 13 Häuser mit 21 Wohnungen (Fläche 953 Quadratmeter) gebaut.

Der Gewerkschaftsrat kam bei der Regierung mit dem Gesuch ein 2 Kirchen und 2 Häuser zu schließen. Für die Schließung der Kirchen haben sich 60 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder ausgesprochen. Von der gesamten Stadtbevölkerung - 35.000 Personen sind nur 9881 Gläubige, darunter auch Kinder. Der Gewerkschaftsrat beantragt, die Trojki-Kirche zu einem republikanischen Museum einzurichten und die anderen Gebäude für Kulturinstitutionen zu bestimmen.

Die Volkswörter proletarische Schule hat die Patenschaft über das Kollektiv „Pratfimo“ übernommen. Die Schüler beteiligten sich an den Vorbereitungsarbeiten zur Frühjahrsaat und reparierten das landwirtschaftliche Inventar des Kollektivs.

Der Unterricht in den Volkswörtern Liquidationsschulen ist beendet. Insgesamt haben 480 Schüler die Schulen beendet und Prämien bekommen. Die Lehrer der Liquidationsschulen sollen auch prämiert werden. 109.000 Zentner Selektionsweizen wurden während des Jahres bei der Abschließung von Beträgen auf die Saatfläche herausgegeben.

Von Angaben auf den 1. Mai ist der Stand der Kontraktierung der Saat mit 85 Proz. erfüllt. Nach einzelnen Kulturen verläuft die Kontraktion wie folgt: Selektionsweizen 89,2 Proz., Weizen 77 Proz., Getreide 52,5 Proz., Weizen 58,1 Proz., Sonnenblumen 64,9 Proz., Senf 68,5 Proz., und Soljabohnen 100 Proz.

In der Erfüllung der Kontraktionspläne stehen an erster Stelle die Rayons Bafel mit 110 Proz., Marxstadt mit 102 Proz. und Internowiden mit 125 Proz. An letzter Stelle steht Kulfus mit nur 33 Prozent.

Produktionsgenossenschaften wurden 804 mit 37.867 Bauernwirtschaften gegründet. Zusammen mit den schon früher gegründeten Vereinigungen ist die Kooperierung der Bauernwirtschaften in der Wolgadentschen Republik bis auf 46,8 Proz. gestiegen.

Deine Aufgabe

ist die Verbreitung der Zeitung „Nachrichten“!

„Hintertüren“ für Boylottierte

Noch haben wir unsere Aufgabe nicht erfüllt. Und trotzdem gibt es noch immer Bauern, die kein einziges Pud Getreide abgeliefert haben. So hat z. B. in Rosenheim (Kanton Marghab) der Bürger Christian des Raspar Walter von 240 Pud geernteter Frucht ungenügend 50 Pud Mehl verkauft, dem Staate aber noch kein Pfund geliefert; Aul Christian des Chr. verhandelte 80 Pud Mehl, dem Staate aber ebenfalls nichts. Der Bürger Wagner (der „große Krutsche“) hat von 400 Pud erst 21 Pud geliefert. Das sind arme Bauern. Dem David Horst aber (Hannjörchs) wurden auf gerichtlichem Wege 500 Pud beschlagnahmt.

Der Boylott hilft wenig, besonders, da es „Hintertüren“ gibt. Der Kulak und Betrüder Schnerber, der auch gleichzeitig Schuster ist, wußte sich noch immer von der Erbenfer und von der Stahler Kooperative (in dieser hat er einen Schwager) Leder zu verschaffen. Die Tochter des früher boylottierten Walter (des älteren) befragt ihren Schwagereltern, die noch auf der Liste der Boylottierten stehen, Tabak, Zündhölzer, Seife und andere wichtige Dinge. Solche Helfer der Zurückhalter müßten ebenfalls von jeder Versorgung ausgeschlossen werden, die Genossenschaft in der Stahler Kooperative aber müßte gründlich untersucht und abgestellt werden.

Der Kooperator gibt ein schlechtes Beispiel

Die zur Getreidebeschaffung in Wolmer, Kanton Frank, speziell organisierte Kommission hat im Verlaufe einer Woche 1000 Pud Getreide aufgebracht. Die schärfsten Maßnahmen - bis zur Uebergabe an das Volksgericht - mußten gegen die Wohlhabenden angewendet werden, bis sie ihre Ueberflüsse abließen.

Landwirtschaftliche Kooperation

Mehr Aufmerksamkeit dem Zigarrentabak

In den letzten Jahren hat der Zigarrentabak seine gewerbliche Bedeutung in der Bauernwirtschaft verloren, da er keinen Absatz auf den Auslandsmärkten: Deutschland und Finnland fand. Seine Fläche wurde immer kleiner und man bevorzugte, den Wachortatabak zu pflanzen.

Durch die angestrenzte Arbeit der landwirtschaftlichen Kooperation in letzter Zeit ist es jedoch gelungen, dieses Gewerbe wieder zu beleben und einen Auslandsmarkt für den deutschen Zigarrentabak zu finden, weshalb dieser Wirtschaftszweig von großer Bedeutung für uns wird, da er uns die Möglichkeit gibt, die Ausfuhr nach dem Ausland zu verstärken und mehr Ware aus dem Ausland bei uns einzuführen.

Der Zigarrentabak ist eine standhafte Kultur, die bei guter und geschickter Pflege für den Bauer sehr einträglich ist. Wirbrenten sind hier große Seltenheiten. Der Staat, der an der Belebung der Tabakplantagen interessiert ist, kommt dem Bauer hier entgegen, indem er ihm die Möglichkeit gibt, in genügender Art und zeitgemäß alle Maß-

nahmen und Mittel zum Anpflanzen neuer Tabakflächen zu treffen.

In laufenden Wirtschaftsjahr beschäftigt die landwirtschaftliche Kooperation 150 Hektar Zigarrentabak zu kontrahieren, wobei dem Plantator auf jedes Hektar ein zinsenloser Vorschuß in der Höhe von 150 Abl. vorgestreckt wird, der im Herbst beim Verkauf des Tabaks zu decken ist. Da der Zigarrentabak einen starken Arbeitsaufwand beansprucht, so ist auch der Preis auf diesen Tabak erhöht worden: in diesem Jahr wird für 16 Abl. (1 Pud) Zigarrentabak 1. Sorte - 6 Abl., 2. Sorte 5 Abl., 3. Sorte - 4 Abl. und 4. Sorte - 3 Abl. gezahlt. Die gebrachten Ziffern sprechen für sich selber. Je mehr Arbeit und Fleiß der Bauer hier anwendet, desto höher werden seine Einkünfte sein.

Der Staat strebt mit Ernst danach, die Zigarrentabakflächen zu erweitern, da dieser Gewerbebranch nicht nur von großer Wichtigkeit für den Staat selbst, sondern auch für den Bauer und für unsere Industrie ist.

„Nicht doch, nicht doch,“ mahnte Ruckers. „Hier geht es ja um mehr als um die Republik, Genossen. Hier geht es um uns selbst. Denn wenn diese Gesellschaft wieder obenauf kommt, dann wird es uns so ergehen, wie den ungarischen Arbeitern. Wir müssen jetzt den Widerstand mit allen Mitteln organisieren und die Abrechnung auf später versagen.“

„Das meine ich auch,“ sagte Reefe, „und was die Abrechnung anbetrifft, Genossen - mit den Schuldhigen in unseren Reihen - das werden wir schon von uns aus besorgen. Darauf kann ihr euch fest und heilig verlassen. Jetzt müssen vor allem die Betriebe und der Verkehr stillgelegt werden.“

„Welche Betriebe fehlen denn noch?“ fragte Doersath. Es waren alle da bis auf die Zinkaffinerie.

„Dann schlage ich folgendes vor,“ sagte Reefe. „Um zwölf Uhr eine Volksversammlung auf dem Hindenburgmarkt.“

„Bei der Versammlung muß aber von uns auch eine Rede,“ knurrte Ruckers. „Selbstverständlich, von jeder Partei einer,“ pflichtete Reefe bei.

„Und alles Erreichte beiseite lassen,“ sagte Doersath hinzu.

„Aber vorher müssen wir hier erst mal in Swertrup nach dem Rechten sehen,“ rief Reefe.

„Das Rathaus übernehme ich. Du, Genosse Ruckers, tanzt.“

(Fortsetzung folgt.)

Kranke Köpfe.

Boregardt, Kanton Marxstadt. Da es bei uns mit der Kontraktierung und der Organisierung einer Saatgenossenschaft nicht recht vorwärts gehen wollte, weil das Dorf wenig Land und wenig Saatgut besitzt, kam unlangst der Vorsitzende des Koopchleb, Gen. Maaser, zu uns, um die Kontraktierung durchzuführen. Gen. Maaser versprach den Bauern, Samen und Geld für alles Land zu geben, wenn sie bereit seien, dasselbe zu kontrahieren. So wurde denn sofort eine Saatgenossenschaft gegründet und eine Verwaltung gewählt. Da Maaser versprochen hatte, das trüchtige Saatgut gegen reifortigen Weizen Pud gegen Pud zu vertauschen, brachten die Boregardier ihr Saatgut an den Marxstädter Schüttepunkt. Hier erhielten sie aber vom Koopchleb auf 10 Pud geschüttetes Weizen nur 5 Pud reifortigen, so daß sie gezwungen waren, den drücklichen Weizen wieder zurückzugeben. Maaser schimpfte sie dazu noch aus, indem er meinte, sie hätten ja alle kranke Köpfe, wenn sie glaubten, daß der Koopchleb Pud gegen Pud auswechsle. Es müßte untersucht werden, wer einen „tranken Kopf“ hat, ob der Maaser oder die ganze Boregardier Saatgenossenschaft.

3 Proz. für die Erweiterung der Aussaat.

Rosendamm, Kanton Fjodorowla. Die Mitglieder des Verbandes der Sowel- und Handelsangestellten von Rosendamm und Plesj haben in ihrer Rayonversammlung beschlossen, 3 Proz. ihres Monatsgehalt für die Erweiterung der Aussaatkampagne beizusteuern. Das erhaltene Geld soll unter drei armen Wirtschaften verteilt werden.

Die Sowel- und Handelsangestellten fordern die Aufklärungsarbeiter auf, ihrem Beispiel zu folgen!

Brennende Ruhr

Roman (getürzt) aus dem Rapp-Busch in Deutschland

Der Platz zwischen Verwaltungsgelände, Laboratorium und Fabrikator gleich jetzt einem wogenden Meer von Köpfen. Auf einer Mauerdecke saßen ein Medner Posten. Hell beschien die Sonne sein langes, blondes Haupt, es war Mag Großhe, der den Inhalt eines Telefondgesprächs mitteilte. Da er abgewendet sprach, konnte man an den Fenstern des Laboratoriums nur Bruchstücke seiner Ausführungen verstehen, bis durch die Menschenmassen hindurch ein Ruf aufgestellte und von den Mauern widerhallte:

„Nieder mit der Rappregierung! Hoch der Generalstreik! - - - Runterkommen! - - - Schlusmachen! - - - Generalstreik!“

Die Arbeiter wühlten zu den Fenstern der Angestellten empor. Einige, die durchaus nicht weichen wollten, wurden von den Abteilungsleitern hinaustrommelnt. Die Arbeiter verstanden keinen Spaß!

Militärisch in Biererzählen geordnet, setzte sich der gewaltige Zug zum Tor hinaus in Bewegung. Von links her sah man den zehntausend Köpfe starken Zug der Seche „Hasdrubal 2“ heranzumarschieren, und als man bei der „Berg- und Hüttenengesellschaft Deutsche Erde“ um die Ecke kam, begrüßten die dort gerade angetretenen Kumpels und Hüttenarbeiter sie mit drausendem Gesang:

Rapp-Busch in Deutschland Grünberg (Fortsetzung.)

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde, Die fiets man noch zum Hungern zwingt.“

Das Gewerkschaftssekretariat im Swertruper Volkshaus wurde schon seit frühem Morgen von Arbeiterärräten und Abgesandten der Sechen und Werke um Auskunft bestürmt. Unaufhörlich schrillte das Telephon.

Reefe saß seit acht Uhr an einem anderen Apparat und versuchte unausgeseht Verbindung mit Berlin zu erhalten. Immer wieder kam der lakonische Bescheid: „Die Verbindung kann nicht hergestellt werden!“

„Da muß etwas los sein!“ sagte er, sich den Schweiß abwischend, zu den hinter ihm stehenden Vertrauensleuten. „Ohne genauen Bescheid darf ich zu meinen Leuten nicht zurückkommen“, sagte der Arbeitertrat Karplus vom Flaschnerwerk.

Soben ging die Tür auf. „Auf dem Rathaus wissen sie auch noch nichts,“ polterte Doersath herein.

„Na, das ist ja merkwürdig, dabei hat die Einwohnerwehr Soben auf dem Rathausballon Maschinengewehre eingebaut,“ sagte Ruckers, der ihm auf dem Fuße folgte.

„Davon hat mir der Bürgermeister nichts gesagt, ich ging allerdings hinten heraus,“ bemerkte Doersath bestürzt.

„Die Einwohnerwehr ist seit heute früh alarmiert, aber uns Sozialdemokraten hat man nicht gerufen. Als ich mit meinem Ausweis Eintritt verlangte, wurde ich barsch zurückgewiesen,“ sagte ein anderer Arbeiter.

„Der Ruckluch ist ein Jesuit! Der weiß mehr als wir!“ rief Karplus.

Immer mehr Leute drängten herein. Als man schließlich die Tür sperrte, sammelten sich auf Flur und Treppen diskutierende Gruppen an. Mühfam nur gelang es dem Kommunisten Ruckfeld, sich durch die Menge bis oben durchzuarbeiten, da jeder was von ihm wissen wollte.

„Genossen, man betrügt uns,“ leuchtete der kleine Mann. „In Berlin haben Rapp und Ehrhardt die Regierung gestürzt! Die Regierung ist gestürzt und hat zum Generalstreik aufgerufen. Der Ruckluch, dieser verdammte Salunte, weiß schon seit heute früh amtlich Bescheid, verheimlicht es aber und weigert sich auch, den Streikaufzus drucken zu lassen. Und ihr sitzt hier so seelenruhig beisammen und laßt euch das gefallen?“

In diesem Augenblick läutete abermals der Apparat.

„Hier Gewerkschaftssekretariat Swertrup!“ - „Ala, na endlich!“

Alles hing gespannt an Reefes Miene. Sein Gesicht wurde noch um einen Schein blässer, während er die Stichworte wiederholte:

„Marinebrigaden Löwenfeld und Ehrhardt - Regierungsgebäude ohne Widerstand besetzt - Reichswehr über-

getreten - Sicherheitswehr teils für Rapp, teils neutral - Regierung zum Generalstreik aufgerufen - Widerstand mit allen Mitteln organisieren!“

Bedächtigt legte er den Hörer wieder auf. „Das Gespräch kam eben von Düsseldorf. Also es ist richtig, wir müssen den sofortigen Generalstreik organisieren.“ Hilfsuchend sah er sich im Kreise um.

„Am besten wird es sein, wir bilden hier gleich eine Art Aktionsauschuß oder so was ähnliches,“ setzte er unsicher hinzu.

Ruckers konnte sich einer bitteren Bemerkung nicht enthalten:

„Sehr richtig, sehr richtig! Jetzt, wo eure oberstehenden Genossen den Karren in den Dreck gefahren haben, können wir Proleten ihn wieder herausziehen. Wo hat denn nun eure Nase seine Brigaden, mit denen er uns voriges Jahr so schön entwarf konnte?“

Die meisten Anwesenden stimmten unter höhnlischen Bemerkungen lebhaft zu. Die anderen schwiegen beklommen, und nur Reefe flammelte etwas von ungeeignetem Moment, jetzt nach den Schuldhigen zu fahnden. Jetzt müsse endlich der Bruderwitz aufhören und die gesamte Arbeiterschaft zusammenstecken.

„Vor Tisch hörte man es anders,“ rief Karplus. „Da hiess es nur immer: Der Feind steht links! Gegen uns habt ihr immer Kanonen gehabt. Uns habt ihr entworfen und die Konterrevolution großgepöppelt. Jetzt soll eure famose Regierung auch sehen, wie sie allein

fertig wird, ich rühre keinen Finger!“

„Nicht doch, nicht doch,“ mahnte Ruckers. „Hier geht es ja um mehr als um die Republik, Genossen. Hier geht es um uns selbst. Denn wenn diese Gesellschaft wieder obenauf kommt, dann wird es uns so ergehen, wie den ungarischen Arbeitern. Wir müssen jetzt den Widerstand mit allen Mitteln organisieren und die Abrechnung auf später versagen.“

„Das meine ich auch,“ sagte Reefe, „und was die Abrechnung anbetrifft, Genossen - mit den Schuldhigen in unseren Reihen - das werden wir schon von uns aus besorgen. Darauf kann ihr euch fest und heilig verlassen. Jetzt müssen vor allem die Betriebe und der Verkehr stillgelegt werden.“

„Welche Betriebe fehlen denn noch?“ fragte Doersath. Es waren alle da bis auf die Zinkaffinerie.

„Dann schlage ich folgendes vor,“ sagte Reefe. „Um zwölf Uhr eine Volksversammlung auf dem Hindenburgmarkt.“

„Bei der Versammlung muß aber von uns auch eine Rede,“ knurrte Ruckers. „Selbstverständlich, von jeder Partei einer,“ pflichtete Reefe bei.

„Und alles Erreichte beiseite lassen,“ sagte Doersath hinzu.

„Aber vorher müssen wir hier erst mal in Swertrup nach dem Rechten sehen,“ rief Reefe.

(Fortsetzung folgt.)

Unter Kontrolle der Massen

Aus den wirtschaftlichen Unternehmungen

Spekulant im Gewerbeartikel.

Kraft, Kanton Ramenla. Das Gewerbeartikel „Sarjo“ wurde von dem stummstimmigen Spekulanten Jaf. E. Schulz gegründet, der noch heute Mitglied ist. Das Artikel betreibt sich nicht am gesellschaftlichen Leben, es arbeitet nur für sich selbst und seit seinem Bestehen ist es noch nie von höherer Stelle besucht worden. Der Gewerbeverband soll sich um die Arbeit dieses Artikels einmal umsehen. 36. Echo.

Konterrevolutionär als Vorsitzender.

Eikensfeld, Kanton Mariental. In der neugegründeten Tabakgenossenschaft ist der gewesene Kandidat der Partei P. Reichert zum Vorsitzenden gewählt worden. Reichert wurde wegen schlechten Betragens aus der Partei ausgeschlossen; er hat stets nur danach getrachtet, sich persönlich zu bereichern. Die Tabakbauern sollten sich einen anderen Vorsitzenden wählen! 35. Beobachter.

Kredite für Wohlhabende.

Dittel, Kanton Frank. Am 14. März legte die landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft ihren Tätigkeitsbericht ab. Es stellte sich heraus, daß die Wohlhabenden 87 Rbl. Kredite bekamen, die Armen aber nur 35 Rbl. Die Verwaltung schließt dem „Nemgosselflad“ in Grimm die Schuld zu, der den Wohlhabenden Maschinen auf Kredit abließ. Die Verwaltung sei dadurch gezwungen worden, ihren Beschluß, nur die Armenhaft zu kreditieren, abzuändern. Die Sache müßte untersucht werden, denn zwischen Staatsorganen und Kooperation darf so etwas nicht vorkommen.

Die Wahlen fielen befriedigend aus, die Elektrifizierung des Dorfes Dittel soll noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden. 32. Bog popul.

Der Stimmrechtlose im Artel.

Suß, Kanton Balzer. Im hiesigen Webeartikel ist der Stimmrechtlose Bürger Georg Kindsvater als zweiter Rechnungsführer angestellt. Er war vor der Revolution Unternehmer und Ausbeuter und zeigt jetzt noch auf jede Weise seine konterrevolutionäre Gesinnung. Kindsvater agitiert bei den Bauern, die aus gelegentlichen Zeitungen nicht zu lesen und hat mit einigem Erfolg gegen die Verbreitung der Industrialisierungs- und der Bauernanleihe gearbeitet. Solche Leute gehören nicht in unsere Vereinigungen. 37. Rundfunk.

Die Diebe werden nicht bestraft.

St. Urbach, Kanton Mariental. Bei der Umwahl des Konsumvereins stellte es sich heraus, daß aus der Kasse 1300 Rbl. und 700 Rbl. an Waren fehlten. Der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft gehen bar 500 Rbl. in der Kasse und 2000 Rbl. im Warenlager ab — aber niemand wurde dem Verbrechen übergeben. Die Kassenverwalter sind sogar, von den alten Beruhtreuen den Bürger Hoffmann wieder in die Verwaltung der Kreditgenossenschaft, und zwar als Vorsitzenden zu wählen und ihm den Bürger Enslinger, den früheren Vorsitzenden des Konsumvereins an die Seite zu stellen. Der bäuerlichen Hilfskassengesellschaft fehlen „nur“ 130 Rbl. aus der Kasse, das Komitee wurde dem Verbrechen übergeben.

Der Dorfvorstand arbeitet nicht besser. Die Getreidefertigung lahm, die 27 Bürger, die man boykottieren wollte, kaufen noch heute überall, was sie wollen. Zur Frühlingsaalkampagne wurde kein Plan fertiggestellt und überhaupt nichts unternommen, die Gründung der beiden Saatgenossenschaften ist eher der Zeschalle zu verdanken. Sekretär und Vorsitzender des Dorfvorstands haben ja auch für solche „Reinigungskampagnen“ keine Zeit, viel lieber beschäftigen sie sich mit Schnaps trinken. Die Armen verzagen fast, sie glauben, es „gilt auch nicht anerkennen“, als es bisher war — die Kantonorgane sollen ihnen aber zeigen, daß die Armen im Sowjetland nie ungeschützt sind. 7a/16 Mars.

Postelend und kein Ende

Wann bekommen wir unsere Zeitungen?

In der Postabteilung von Neu-Galta sitzen 6 Angestellte, trotzdem aber bekommen viele Zeitungsabonnenten von Neu-Galta und Ballasowla ihre Zeitung nicht, manche Zeitungen, die nach Straßburg gehören, kommen nach Neu-Galta usw. Auch Kantonbibliothek, Zeschalle und Rote Ecke warten oft vergebens auf die Zeitungen. A. E.

Auf der St. Titorento

Nicht besser geht es den Zeitungsbestellern des Grafer Distanzgrabens (Kanton Mariental), die ihre Post durch die Station Titorento erhalten sollen. Die Zeitungen werden in der Station oft so bemalt und zertrennt, daß sie unleserlich sind. Dann wüßt sie der Beamte in einen offenen Korbkasten des

Wartesaals, aus dem sich ungehindert jeder herausuchen kann, was ihm beliebt. So kommt es, daß viele Zeitungen ganz verloren gehen, und auch mit der Briefpost gehts nicht besser.

Dem Fernschüler der Rätepartieschule Peter d. J. Maur gingen schon mehrere Briefe der Fernkurse verloren. Die Bauern wollten selbst abhelfen und auf ihre Kosten einen geschlossenen Kasten anbringen, doch erklären die Beamten, daß sie die Post nicht dahineinlegen wollen.

Die Distanzgrabener möchten gerne wissen, ob die Beamten für die Bauern oder die Bauern für die Beamten da sind. Die Distanzgrabener wollen ihre Zeitungen lückenlos und unverschmiert bekommen. 48. Ein Unzufriedener.

Nebengeschäfte des Postamtes?

Auch in Köppental, Kanton Fjodorowla, ist die Post noch lange nicht in Ordnung. Die Sachen müssen von Mius abgeholt werden; der Leiter der Fjodorowlaer Postabteilung verlangt vom Köppentaler Dorfrat 10 Rbl. monatlich, wenn das Dorf in den Zustellungsring eingeschlossen werden soll. Sollte der Mann recht haben oder will die Post sich einen Nebenverdienst schaffen? Wir erwarten Antwort.

Auch sollte der Sekretär des Köppentaler Dorfrats die Post nicht zu sich nach Hause, sondern in den Dorfrat kommen lassen wenn man sie aber zu ihm bringt, soll er sie nicht 3 Tage in seiner Wohnung herumlegen lassen. 48. Radio.

Immer wieder unnütze Schreibereien

Obwohl die Post bekanntlich verpflichtet ist, den Rotarmisten Briefe ihrer Angehörigen unentgeltlich zu befördern, so verlangt das Postwörter Postkontor doch fast jede Woche mehrmals vom Kriegskommissariat, Briefe für Rotarmisten gegen Zahlung (20 Kop.) vom Postamt abzuholen. Zwar verhilft eine Bescheinigung des Kommissariats den Rotarmisten jedesmal zu ihrem Recht, doch kostet das immer wieder unnütze Schreibereien und Laufereien, die leicht vermieden werden könnten. 48. Strahl.

Dorfvorrat

Dorfvorratssekretär als Unterdrücker der Armen

Gnadenfeld, Kanton Krasny-Rut. Hier befindet sich kein einziger Jugend- oder Parteigenosse, und so ist es dem Dorfvorratssekretär, G. d. G. Hoffmann, leicht gemacht, seine Kulantepolitik durchzuführen. In der allgemeinen Bürgerversammlung am 3. April d. J. trat er dafür ein, daß dem Buchhalter des Konsumvereins, der sein Land mit fremder Arbeitskraft bearbeiten ließ, das Land gelassen werden sollte und noch viel weniger konnte er sich damit abfinden, daß ihm selbst das Land abgenommen wurde. Hat der „Arme“ doch bloß 42 Rubel als Dorfvorratssekretär, 25 Rbl. als Kassier des Konsumvereins und andere Einnahmen durch den Schweinehandel und verschiedene gelegentliche Nebeneinkünfte. Auch hat er stets sein Land durch fremde Kraft bearbeiten lassen und ist nur gelegentlich ausgefahren, um es sich anzusehen, wie die Bauern für ihn schuften, ganz nach Art alter Gutsbesitzer.

Die nach Gnadenfeld kommandierten Schüler der Rätepartieschule Schmidt und Meier setzten schließlich durch, daß den beiden das Landrecht genommen werde und die Bauern sagten mit Zufriedenheit, daß nun zum erstenmal Sowjetvertreter für sie gesprochen und gehandelt haben.

Hoffmann unterdrückt die Armen, wo er kann. Als unlängst die arme Watrola Veering im Dorfvorrat nachfragte, wie sie zu ihrem Landanteil kommen könne, wurde sie einfach hinausgeschickt und ebenso ging es der armen Frau

Was untersucht werden muß?

Sowjetgeld verfallen und die Frau verprügelt

Marienberg, Kanton Fjodorowla. Die Mitglieder des neugegründeten Kollektivs „Rotes Vorbild“ erhielten bis zu 70 Rubel Kredit. Einige Kollektivisten aber verflochten das Geld gleich. Unter diesen auch der Schulwart, Wetter Hannes, der mehr als 30 Rubel bekommen hat. Als das Geld verjübelt war, ging er nach Hause und verprügelte seine Frau, so daß sie im Dorfvorrat, der gerade Sitzung abhielt, Schutz suchen mußte. Wenn aber die Kinder morgens in die Schule kommen, ist nicht ausgeräumt und sie müssen selbst die Bänke abputzen. Der Wetter Hannes muß zur Ordnung gerufen — die verflochtenen Kollektivmitglieder aber müssen zur Verantwortung gezogen werden, denn zum Verfaulen kann der Staat keine Kredite ausgeben. 31/52. Einer, der es weiß.

Schulmeister einigt, Schullehrer jetzt

Die Schillinger Bauern (Kanton Krasny-Rut) wissen, was Bodenkultur ist, die Armen aber wissen noch immer

nicht, wie sie ihre Lage heben können. In diesem Frühjahr konnte mit Mühe und Not das erste Kollektiv organisiert werden.

Die Vorsitzenden von Konsumverein, Saatgenossenschaft, Mollereiartel und Kreditgenossenschaft sind Schwager, Brüder und Trintsfreunde, sie gehören alle zur 3. Gruppe der Wohlhabenden, nur der Vorsitzende des Mollereiartels ist Mittelbauer der 2. Gruppe, doch hält ers mit seinen Freunden.

Die beste Nummer aber ist unser Schulleiter. Früher war er hier Schulmeister, jetzt ist er mit Hilfe der Kantonabteilung für Volksbildung Schulleiter geworden. Allsonntäglich hält er schwungvolle Reden, von denen niemand etwas versteht. Trotz aller Bemühungen ist es ihm nicht gelungen, die Mitglieder des neuen Kollektivs für eine Genossenschaft zur gemeinsamen Bodenbearbeitung ohne gemeinsames Eigentum umzustimmen und so ist er jetzt daran, eine solche Genossenschaft mit seinen Freunden zu gründen. Das KVR soll sich mehr um Schilling kümmern, damit auch dort Klassenkampf und Klassenbewußtsein entstehen. 16. Ein Schillinger.

Berschiedenes

Um die Zeschalle

von Stahl Kanton Marzstadt, kümmert sich niemand. Der Leiter ist im Nachbarsdorf Schwed zur Führung der Frühlingsaalkampagne, erhält aber immer noch den Gehalt als Zeschallenleiter. Aber auch früher, als er noch in Stahl war, hat er in der Zeschalle nichts gemacht. Auch die Behreerschaft, der Dorfvorrat und die anderen Anstalten denken nie an dieses Stiesfind des Dorfes. Nicht besser steht es um das Volkshaus. Zwar halten dort alle Organisationen ihre Versammlungen ab, alle machen es voll Schmutz und Rauch, niemand aber will es unterfüßen, niemand sorgt dafür, daß die notwendigen Ausbesserungsarbeiten endlich durchgeführt werden. (r-u).

Katharina Eulich, als sie vor einem Jahre um ihr Land fragte, um das man sie gebracht hatte. So ist Bürgerin Eulich schon ein Jahr lang ohne Land und wenn ihr nicht bald geholfen wird, kann sie in diesem Frühjahr wiederum keine einzige Desjattine Ausaat machen.

Die Kanton-Steuerkommission bewilligte mehreren armen Invaliden Steuererleichterung, Hoffmann aber macht seine eigenen Erträge, er selbst zahlt nur 8 Rbl. Steuer, während ein an der rechten Hand lahmer Schnelber 37 Rbl. zahlen muß, denn den Herrn Sekretär kümmern die Bescheinigungen des Zentrums nicht.

Nach Gnadenfeld gehört ein grober Befehl, der den Watrola zu ihrem Recht verhilft. 16/52. Eine Gruppe.

Arbeiterkooperative

In der Marzstädter und der Balzerer Zentral-Arbeiterkooperative steht es mit der Paiseanhäufung schlecht

Mit der Eingliederung der ausstehenden Palbeiträge und der Kooperierung neuer Mitglieder steht es nicht überall gut. Wenn diese Arbeit mit Erfolg von der Potrowsker Arbeiterkooperative geführt wird, so kann dieses nicht von den oben genannten zwei Kooperativen gesagt werden. Als Beweis dazu dient, daß in den ersten 20 Tagen des April Potrowsk 387 neue Mitglieder angeworben und ein Pailapital von 4396 Rbl. angeammelt hat, dagegen hat Marzstadt nur 80 Mann angeworben und 729 Rbl. eingesammelt, Balzer aber hat nicht ein neues Mitglied angeworben und nur 626 Rubel Beiträge bekommen. Diese Zahlen geben ein klares Bild über die Arbeit dieser drei Kooperativen.

Sogar wenn man bedenkt, daß die Potrowsker ZAR 8661 Mitglieder, die Marzstädter 2686 und die Balzerer 2368 Mitglieder vereinigen, müssen wir doch sagen, daß die letzten zwei Kooperativen in der Einsammlung der Palbeiträge nur halb soviel leisteten als die Potrowsker Zentral-Arbeiterkooperative.

Die Balzerer und Marzstädter Arbeiterkooperativen müssen diesen ihrer Arbeitszweig erweitern, die öffentliche Meinung dafür gewinnen und nicht von der Potrowsker Arbeiterkooperative zurückbleiben. Ein Kooperator.

Berichtigung

Der in Nr. 80 der „Nachrichten“ veröffentlichte Artikel „Vorsitzender sei strenger“ bezieht sich nicht auf Kano im Kanton Marzstadt, sondern auf Kano im Kanton Ballasowla.

Sozialistischer Wettbewerb

Der Vertrag der Tausende

Moskau, Mitte April 1929.

Eine von mehreren zehntausenden Arbeitern besuchte mächtige Straßendemonstration gab den Straßen der Stadt eine feierliche Prägung. Der Anlaß der Demonstration war weder ein revolutionärer Gedenktage, noch demonstrieren die Massen diesmal gegen die freche Provolation irgendeiner imperialistischen Macht. Die mit wahrer revolutionärer Begeisterung getragenen Fahnen und Plakate enthielten bei solchen Anlässen etwas ungewöhnliche Lösungen: „Herunter mit den Herstellungskosten!“ „Wir verpflichten uns, bis zum 1. Mai die Herstellungskosten um 10 Prozent zu senken.“ „Für die Steigerung der Arbeitsdisziplin.“ „Wir unterzeichnen den Vertrag der Tausende“ usw.

Aufbau des durch neue Formen der proletarischen Massentätigkeit. Die Begeisterung der Massen für den sozialistischen Aufbau ist keine reine Gefühlssache. Sie drückt sich in der Bilanz der Produktion durch handgreifliche Zahlen, durch Prozepte, durch Rubelmillionen aus. Der grandiose Wirtschaftsplan, auf Grund dessen das Proletariat der Sowjetunion die Industrieproduktion in wenigen Jahren verdoppelt und verdreifacht, beruht nicht nur auf irgendwelchen papiernen Berechnungen, sondern einer der wichtigsten Faktoren seiner Durchführung ist gerade die Mitarbeit der Massen, die sich als Herr im Sowjetstaat und in der Industrie fühlen. Der historisch bedeutsame Vertrag — der erste sozialistische Produktionsvertrag großer Arbeitermassen — hat folgenden Wortlaut:

„Die Volkswirtschaft des Landes steht an einem wichtigen Wendepunkte. Nach der Ueberwindung der Schwierigkeiten des Bürgerkrieges, der Hungersnot, der Blockade und des wirtschaftlichen Verfalls sind wir nunmehr von der Wiederaufbauperiode zur Rekonstruktionsperiode geschritten. Das Land steht vor gewaltigen Aufgaben: vor den Aufgaben der Rekonstruktion der Volkswirtschaft, der Forcierung der Industrialisierung des Landes und der gründ-

lichen sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft.

Die erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben erfordert die Mobilisierung aller Kräfte der Arbeiterklasse an der Wirtschaftsfrente. Notwendig ist ein zäher und systematischer Kampf für die Hebung der Arbeitsproduktivität, für die Festigung der Arbeitsdisziplin und für die Senkung der Herstellungskosten.

Im Namen der Arbeiter, Angestellten, der Ingenieure und des technischen Personals der Betriebe.

„Tschernomorska Manufaktur“, Moskau, 7124 Personen; „Proletarische Manufaktur“, Twer 14 208 Personen; Textilfabrik „Bagdanow“, 5874 Personen; „Perwologskaja Manufaktur“ 335 Personen; „Wschitewologskaja Fabriken“ 9780 Personen; „Zwanowo-Wojnessenfabriken“ 21 068 Personen; im Namen einer proletarischen Armee von 58 389 Arbeitern und Arbeiterinnen eröffnen wir unterzeichneten Vertreter der Arbeiter der erwähnten Fabriken — entsprechend den Geboten unseres Lehrers Lenin, nach Mobilisierung breiter Arbeitermassen für die Durchführung der vor der Sowjetunion stehenden Aufgaben der Industrialisierung und im Interesse der möglichst erfolgreichsten Durchführung — einen sozialistischen Wettbewerb zwischen allen diesen Fabriken bis zum Ende des Operationsjahres 1928-29. Der Wettbewerbs geht um die erfolgreichste Durchführung der von der Partei und der Regierung vorgezeichneten Aufgaben, die

in den Industriefinanzplänen der Fabriken niedergelegt sind.

Wir schließen einen wirtschaftlich politischen Vertrag und legen ein feierliches, revolutionäres Gelöbniß ab, daß wir treu unserem revolutionären proletarischen Wort die Industriefinanzpläne unserer Unternehmungen restlos durchführen werden.

Um den Wettbewerb so erfolgreich als möglich zu gestalten, verpflichten wir uns, folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Bis zum internationalen proletarischen Festtag, dem 1. Mai, werden wir eine solche Senkung der Herstellungskosten durchsetzen, die die vollständige Durchführung der Industriefinanzpläne sichert. Wir werden an 1. Mai die erste Kontrolle der Erfüllung jener Verpflichtungen vornehmen, die wir auf Grund des gegenwärtigen Vertrages übernommen haben.
2. Wir werden die Arbeitsdisziplin in unseren Fabriken festigen, mit dem eckmächtigen Fernbleiben von der Arbeit sofort aufräumen, jede Nachlässigkeit bei der Arbeit, jede Verschwendung von Rohstoffen und anderem Material jede nachlässige Behandlung der Maschinen und Werkzeuge entschieden bekämpfen.
3. Wir werden die Ausschusswaren und die Maschinenbrüche auf das aller höchste Minimum reduzieren.
4. Wir werden die Produktivität pro Maschine und Arbeiter steigern und werden Leerlauf von Maschinen vermeiden.

5. Wir werden anstreben, daß kein einziger Arbeiter, Ingenieur oder technischer Angestellter von der Arbeit der Produktionsberatung fernbleibt.

6. Wir werden die ökonomisch begründeten Vorschläge der Arbeiter, die auf die Senkung der Herstellungskosten der Produktion gerichtet sind, durchführen, und zwar sowohl die Vorschläge, die während des Wettbewerbs der Produktionsberatungen, als auch diejenigen, die nachher eingereicht werden.

7. Wir werden unsere Errungenschaften bei der Durchführung des Wettbewerbs austauschen durch regelmäßige Veröffentlichungen in den Zeitungen „Tschernomorska Prawda“, „Rabotschi Kraj“ und „Rabotschaja Moskwa“.

Indem wir nochmals versprechen, alle im gegenwärtigen Vertrag aufgeführten Verpflichtungen durchzuführen, geben wir unser Wort, daß wir unter allen Umständen alle Maßnahmen durchzuführen werden, die zur Verwirklichung der uns von der Partei und von der Regierung gestellten Aufgaben notwendig sind.

Wir fordern die Arbeiter der ganzen Sowjetunion auf, unserem Beispiele zu folgen!

Vorwärts zu neuen Siegen! Für die generelle Linie der Partei! Für die Senkung der Herstellungskosten! (Es folgen die Unterschriften.)

Macht den Bürgern den Nutzen der Baumanpflanzungen in Dorf und Stadt klar.

Der Mensch bedarf des Waldes ebenso gut wie des Brotes, der Luft, des Wassers und Lichtes.

Wir müssen planmäßige Forstwirtschaft haben

Die Wälder der Wolgabewalden Republik sind dreierlei Art: Wälder an Bergabhängen und in Gräben (Eiche und Linde, Kiefer, Espe und seltener Birke und Ahorn auf der Bergseite). Diese Wälder sind meist stark zerstückelt, vom Vieh geschädigt und Waldverfall stark mitgenommen und haben ein unbefriedigendes Wachstum.

Wälder in Niederungen, die jährlich der Ueberschwemmung ausgesetzt sind, also an der Wolga und der Medwediza (Eiche, Kleinblättrige Ulme, Pappel, Schwarzpappel, Weide). Diese Wälder sind weniger mitgenommen und zeigen ein befriedigendes Wachstum.

Steppenwald auf Sandland (Birke, Espe, Rotweide). Diese Waldungen zeigen ein sehr unbefriedigendes Wachstum.

Die Wälder der Bergseite und der Steppe haben keine günstigen Boden- und klimatischen Bedingungen.

Auf der Bergseite und in der Steppe haben sogar ganz kleine Heime von einem halben Hektar Bodenfläche gewaltige Bedeutung für die Landwirtschaft, indem sie das Land vor der ausbreitenden Wirkung des Windes, vor Verwehungen und Sand schützen und außerdem die Aufspeicherung der notwendigen Bodenfeuchtigkeit begünstigen.

Die Wälder in Niederungen, die überschwemmt werden, verhindern in gewissem Grade die Unterspülung der Ufer. Die Baumpflanzungen in Gräben verhüten das Wachstum der Gräben, die die nützliche Bodenfläche in der Landwirtschaft verringern. Die Anpflanzung der Rotweide und Nadelbäume auf Sand verhindert die Weiterbewegung des Sandes, der die benachbarten Ueder verschüttet.

Diese ungeheuer wichtige Rolle des Waldes in der Landwirtschaft verlangt, daß unser Verhalten zum Wald und zur Waldanpflanzung und -pflege gründlich geändert wird. Das Weiden des Viehes im Walde, das systemlose und frevelhafte Waldfällen, das eigenmächtige Aufschneiden von Waldlichtungen muß aufhören und einer planmäßigen, streng geführten Forstwirtschaft Platz machen, bei der jeglicher Waldverfall ausgeschlossen und jährlich für Waldanpflanzung in Gräben, auf Sandländern usw. gesorgt wird.

Die Bauern müssen ein für allemal die Ansicht aufgeben, daß der Wald "niemandem außer Gott" gehöre. Die staatlichen Waldungen sind ein Segen für den ganzen Staat, die Wälder von örtlicher Bedeutung sind besonders für die Gemeinde. Kleinen privateigentümlichen Interessen ist hier kein Platz. Der Wald gehört der Gemeinde, dem Staat.

Nach der Fällung des Waldes bedarf es durchschnittlich einer Zeit von 30 bis 60 Jahren (je nach der Art der Bäume), bis der Wald wiederhergestellt ist.

Die Einrichtung von Waldrevieren, sowohl staatlicher, als auch Gemeinde-Forstwirtschaften ist ein dringendes Gebot. Zu diesem Zweck muß die Bodenfläche des stehenden Waldes bemessen und eingeteilt, es müssen die Bodenflächen für Neuanpflanzungen, die für Feldkulturen untauglichen Ländereien bestimmt werden usw.

Jeder Bürger muß wissen, daß der Wald ein notwendiges Glied der gesamten Volkswirtschaft und insbesondere der Landwirtschaft ist, und muß sich demgemäß zu den Fragen des Waldes, seines Schutzes und seiner Pflege verhalten.

Berschiedenes aus der Sowetunion

In drei Dörfern des Tambower Bezirks sind die Bauern veranlaßt worden, neue landwirtschaftliche Steuererlässe zu prüfen. Die Bauern konnten sich greifbar davon überzeugen, daß ihnen das neue Gesetz große Vorteile zuführt, und sie versprochen, die Steuer noch vor dem Termin zu zahlen.

In Charkow ist der 11. Stätetkongress der Ukraine eröffnet worden. Dem Kongress wohnten Vertreter ausländischer Missionen und Konsulate bei.

nische und gesellschaftliche Ausbildung besitzt. Da wir aber mit dem sozialistischen Aufbau und der sozialistischen Reorganisation unserer Landwirtschaft zu tun haben, muß die ganze Arbeit des Instructors auch politisch entsprechend eingeteilt sein, also muß er auch gehörige politische Vorbereitungen haben. Aus dem Gesagten ist klar, daß der Instruktor zum wenigsten mittlere technische Fachbildung besitzen muß. Entsprechend nun die Instruktionen des Pflanzungsverbandes diesen Aufgaben? In keinem Falle. Zum größten Teil sind die Instruktionen Praktiker, denen jegliche theoretische Fachbildung fehlt. Zum Teil sind es ehemalige Traktorkisten, die des Lesens und Schreibens etwas kundiger sind, als die große Masse der Traktorkisten, und sich deshalb hervorgetan haben. Auch Söhne reicher Leute sind darunter, die mit den landwirtschaftlichen Maschinen in ihrer eigenen Wirtschaft praktisch bekannt geworden sind. Von einer politischen Vorbereitung ist bei allen gar nicht zu sprechen. Ja, es sind sogar solche unter ihnen, welche kein Wahlrecht besitzen oder besitzen sollten. Können solche Instruktionen mit den Aufgaben, die ihnen zufließen, fertig werden? — Ich wiederhole: keinesfalls.

Wenn der Pflanzungsverband genügend qualifizierte Arbeiter haben will (er muß sie haben!), dann muß er alle Pflichten seines Instructors, den ganzen Umfang seiner Arbeit summieren, von den Pflichten ausgehend, das Minimum der theoretischen und praktischen (technischen, gesellschaftlichen und politischen) Ausbildung festlegen und dem Marschädler mechanische Technikum seine Forderung auf entsprechende Kräfte, qualifizierte Instruktionen übergeben. Das Technikum aber ist verpflichtet, diese Forderung zu erfüllen. Diese Arbeit muß der Pflanzungsverband sofort in Angriff nehmen, zumal da das Marschädler mechanische Technikum unter anderen Verbänden der landwirtschaftlichen Kooperation auch an den Wolgabewaldischen Pflanzungsverband angegliedert wird.

Es ist von größter Bedeutung, daß das Technikum schon im nächsten Schuljahr seine Arbeit nach den Forderungen der Pflanzungsverbände einstellt.

S. Arnhold.

Erwiderung

Noch einmal um die "Reinwälder" — 8 Kopie

Ich bestätige noch einmal, was ich in meinem Artikel niederschrieb. Es war keine Armenversammlung, sondern eine arme Versammlung. Dies kann auch der Gen. Wortführer bestätigen, der mit wirklich Armen später über diese Versammlung sprach. Daß Kulanen vorhanden waren, leugnet Weber selbst nicht. Und er war es, der eine dieselbe Art Anfrage eines armen Bauern, der die Kulanen nicht dulden wollte, abschlägig beantwortete. Einmischungen konnte ich mich nicht — 1. weil ich hören wollte, wie in Wirklichkeit im Dorfe gearbeitet wird und 2. ich mich schnell in der Situation zurecht fand, daß hier nicht allein die Armen anwesend waren.

Ueber die vielen fälschlichen Weisheiten, die Sie mir vorwerfen, möchte ich nicht sprechen. Ich bestreite nicht, daß es auch arme die Weisheiten gibt. Aber außer diesen waren auch viele fälschliche Kulanen anwesend. Ich sprach nach dieser "Armenversammlung" mit dem Arto, wie man eine Armenversammlung einberufen soll, wie die Armen organisiert werden müssen, daß man nicht grob und ungeschicklich sein darf usw.

Gab am nächsten Tag dem Vorsitzenden des Dorrates Anweisungen, was bei der Durchführung der Ausfahrtkampagne zu tun sei. Hatte selbst eine Armenversammlung und sprach mit den Bauern, und sie waren sehr zufrieden. Bleiben konnte ich natürlich nicht, denn meine Zeit war streng abgemessen.

Alle andere ist schlechthin gesagt — gelogen, und Weber will sich damit nur rauswickeln. Und dabei kommt er ganz auf die Seite der Kulanen zu stehen und behauptet Reinwald hätte seine Kontrollgänger in der Getreidefeststellung vollständig erfüllt.

Der Junge will seine Fehler nicht einsehen und er fährt sich wirklich ständels auf. Er hat doch bereits den Gen. Kothnermel und Undraschitz gegenüber erklärt, daß mein Artikel der Wahrheit entspreche.

Harro Stahl.

Verantwortlicher Redakteur: J. Schmidt

Hauptkriterium der WSMR der WJ Nr. 407

An den Dortrat zu Schäfer, Kanton Mariental

Die Redaktion teilt mit, daß

Joh. H. Stirsch in Friedenbergl, Kanton Seelmann, wohnt und dort Vorsitzender der Jerusalemers Wielschule ist.

Die Aufnahmeprüfung in die Käte-Partei-Schule

für das Schuljahr 1929-30, wird am 17., 18., 19. Juni in den Räumen der Käte-Partei-Schule, Potrowsk, Krasnoarmeifaja 14, stattfinden.

Alle zum Fernunterricht zugelassenen, so wie auch neuabkommandierte Genossen müssen zu diesem Termin erscheinen.

Nach dem 20. Juni werden keine Prüfungen mehr durchgeführt.

Die Leitung der Käte-Partei-Schule macht nochmals aufmerksam, daß sie keine Fahrkosten, weder für angenommene noch für nichtangenommene Genossen, be- zahlen wird.

Quartier und Verköstigung werden während der Tage der Prüfung von der Käte-Partei-Schule gestellt.

Gleichzeitig werden die K. Komitees beauftragt, die noch nicht erfüllte Norm der Plätze, die für die betreffenden Kantone bestimmt war, zu diesem Termin voll- ständig zu erfüllen.

Die nachfolgenden Kantone haben noch Plätze anzufüllen:

Kanton Walzer = 3, Krasny Hut = 2, Mariental = 5, Frank = 2, Pallasowka = 4, Margstadt = 5.

Leiter der Agitationsabteilung des Gebiets-Parteikomites: S. H. I.

Leiter der Käte-Partei-Schule: S. H. I.

Arbeitsplan des Zentralen Bauernheims der Autonomen Sozialistischen Käte-Republik der Wolgabewalden namens "Frunse" für den Monat Mai 1929.

Table with columns: Datum, Wochentage, Benennung der Themen von Vorlesungen, Unterhaltungen und Vorträgen, Namen der Vor- foren

Befehl Nr. 65

an das 96. Schützenregiment namens d. Wolgabewalden Republik Saratow, den 8. April 1929.

In der Zeit vom 8. Mai bis 23. Juni d. S. ist allgemeiner Appell des Regiments. § 1. § 2.

Vom Wechselbestand haben zum Appell zu erscheinen:

Table with columns: Wer und auf wie lange?, Aus welchen Kantonen und Dörfern?, Wann und wo?

Zusammenfassung der Befehlsinhalte.

Detaillierte Auflistung von Kommandobeständen, Kantonen und Dörfern mit Appellterminen.

Verteilung der Verbindungs- und Verbindungsglieder.

Zur Frage der technischen Bedienung der Bauernwirtschaft

Die technische Hilfsabteilung des Wolgabewaldischen Pflanzungsverbandes ist der Ansicht, daß es mit der technischen Bedienung der Bauernwirtschaft ganz befriedigend steht, nur fehlen den Instruktionen die Autoverfahrmittel.

(Die technische Hilfe für Bauernwirtschaft" in Nr. 81 der "Nachrichten".)

Es dem wohl so? Bei der Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft muß zur erfolgreichen Arbeit auf diesem Gebiete der Landmaschinentechniker neben dem Agronomen eine ersteinstufige Stelle einnehmen. Es genügt entschieden nicht, wenn er praktisch mit der Maschine bekannt ist, wenn er es versteht, sie in Gang zu setzen, sie zu untersuchen und zu reparieren, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Der Instruktor muß heute nicht nur Techniker, sondern auch gesellschaftlicher und politischer Arbeiter sein.

Die Aufbewahrung und Wartung der Maschine auf dem Lande ist heute eine so erbärmliche, daß die Maschine mehr vom Kopf, als von der Arbeit zerstückt wird. Für diese Sache hat in erster Reihe der Instruktor Sorge zu tragen, die Bauernschaft darüber aufzuklären und Schritte zu unternehmen, daß für die Maschine entsprechende Verhältnisse geschaffen werden, besonders aber für die Maschine, welche Kollektiv- vermögen ist. Es sind Fälle festzustellen, wo im Herbst der Traktor ganz demontiert, die Teile auseinander geworfen wurden und danach den ganzen Winter hindurch im Schmutz, Eis und Schnee herumgelegt haben.

Als man den Traktor dann in die Werkstätte brachte, war alles verrostet, ver- eis und viele Teile waren überhaupt nicht mehr zu finden. Der Schuldige aber soll der Instruktor gewesen sein. Auf diese Art industrialisiert man nicht.

Die Organisation der Maschinenwirtschaft auf dem Lande trägt heute einen ganz zufälligen Charakter, und die Größe der Maschinen für die eine oder andere Wirtschaft ist keinerlei begründet. Wenn es schwer und sehr verantwortllich für den Fabrikbetrieb ist, zu bestimmen, welche Maschinen mit welcher Leistung für seine Produktion nötig hat, so ist es nicht weniger schwer und verantwortllich, dies für ein Landgut zu tun. Erst wenn die Sowet- oder Kollektivwirtschaft organisiert, ihre Produktionsobjekte bestimmt und der Arbeitsplan auf eine Reihe von Jahren (Feldsystem, Größe derselben usw.) festgelegt ist, muß die Organisation der Maschinenwirtschaft begonnen werden.

Nur dann wird die Maschinenwirtschaft ihrer Bestimmung entsprechen und vor- teilhaft sein, wenn ihre Struktur wissenschaftlich begründet ist, d. h. wenn alle spezifischen wirtschaftlichen Faktoren, die Größe der Wirtschaft, ihr Arbeits- und Produktionsplan, die ganze Struktur der Wirtschaft berücksichtigt sind,

wenn alle Maschinen mit einander ko- ordinieren. Diese Berechnungen, sowie die ganze Organisation der Maschinenwirtschaft und Leitung derselben kommen dem Instruktor zu. Dazu aber ist entsprechende Fachbildung nötig, welche dem jetzigen Instruktorbestand fehlt.

Auch schon bei der Organisation der Kollektiv- und Sowetwirtschaft muß außer dem Agronomen der Techniker zugegen sein, denn auch hier schon müssen Fragen auftauchen, welche nur er befriedigend beantworten kann.